



HESSISCHER LANDTAG

24. 08. 2026

Kleine Anfrage

Maximilian Mäger (fraktionslos) vom 05.05.2026

Sachstand der Strategie zur Stärkung der hessischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Landesregierung hat am 29. Oktober 2025 in Wiesbaden einen sogenannten Rüstungsgipfel mit Vertretern führender Sicherheits- und Verteidigungsunternehmen ausgerichtet und dort eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beschlossen. Darin bekennt sich die Landesregierung nach eigener Darstellung zu attraktiveren Standortbedingungen, schnelleren Genehmigungsverfahren, einem besseren Zugang zu kritischen Rohstoffen sowie zu einem eigenen Innovationshub für Sicherheit und Verteidigung; der Ministerpräsident verwies dabei auf das „starke Rüstungscluster“ des Landes.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum führt nach Medienberichten rund 80 in diesem Bereich tätige Unternehmen; ein regionaler Schwerpunkt liegt in Nordhessen, insbesondere im Raum Kassel. Im Rahmen der Halbzeitbilanz am 2. Juni 2026 bekräftigte der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident, die aktive Wirtschaftspolitik mit der Rüstungsindustrie werde forciert, und bezog sich dabei auf ein geplantes Rüstungscluster für Nordhessen. Eine konsolidierte, öffentlich nachvollziehbare Darstellung des Umsetzungsstandes dieser Strategie – insbesondere zu den einzelnen Maßnahmen, zu Zeitplänen, zu eingesetzten Landesmitteln, zum Innovationshub sowie zu den Strukturen des angekündigten Clusters – liegt nach Kenntnis des Fragestellers bislang nicht vor. Angesichts der erheblichen wirtschafts-, struktur- und sicherheitspolitischen Bedeutung des Vorhabens und seiner wiederholten öffentlichen Bekräftigung bei zugleich geringer Konkretisierung ergeben sich mir einige Fragen.

Vorbemerkung Chef der Staatskanzlei:

In Zeiten vielfältiger geopolitischer Krisen hat es sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, die Souveränität und Resilienz des Landes weiter zu stärken. Das Land Hessen nimmt aufgrund seiner starken Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft eine zentrale Rolle bei der Steigerung der Resilienz Deutschlands ein. Die Landesregierung sieht sich dabei als Partner der Unternehmen. Im Rahmen des Zweiten Runden Tisches der hessischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft wurde gemeinsam mit den anwesenden Unternehmen eine Strategie beschlossen, die die notwendigen Verbesserungen für gute Rahmenbedingungen festhält. Aus der Strategie leitet die Landesregierung Maßnahmen ab, die unter anderem den Zugang zu internationalen Märkten verbessern, die Planbarkeit stärken, Prozesse beschleunigen, den Zugang zu Rohstoffen sicherstellen sowie den Wiedereinstieg in Forschung, Entwicklung und Innovation forcieren sollen.

Die hessische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ist seit jeher ein Garant für hochwertige Arbeitsplätze und Produktionsbedingungen. Die Zeitenwende und die damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben – insbesondere durch die Bundesregierung – führen zu steigenden Aufträgen und weiter zunehmenden Beschäftigungschancen im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Die Landesregierung möchte den Unternehmen ermöglichen, diese Potenziale noch besser zu erschließen und wird sich daher auch weiterhin für bessere Rahmenbedingungen einsetzen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, dem Minister der Finanzen, dem Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, der Ministerin für Digitalisierung und Innovation, dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat sowie der Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales wie folgt:

- Frage 1 Welche konkreten Maßnahmen umfasst die von der Landesregierung am 29. Oktober 2025 beschlossene Strategie zur Stärkung der hessischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie?
Bitte die Maßnahmen vollständig und einzeln auflisten.
- Frage 2 Welche dieser Maßnahmen sind seit dem 29. Oktober 2025 bereits umgesetzt worden?
Bitte je Maßnahme den aktuellen Bearbeitungsstand und das Datum der Umsetzung angeben.
- Frage 6 Welche konkreten Verbesserungen der Standortbedingungen für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat die Landesregierung seit Beschluss der Strategie eingeleitet?
Bitte die Maßnahmen einzeln benennen und den jeweiligen Stand angeben.

Die Fragen 1, 2 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Rahmenbedingungen für die hessische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft weiter zu verbessern. Die im Rahmen des Zweiten Runden Tisches am 29. Oktober 2025 beschlossene Strategie ist dabei eine wichtige Grundlage, um entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Die in der Anlage beigefügte Tabelle listet die durch die Landesregierung abgeleiteten Maßnahmen und deren aktuellen Bearbeitungsstand auf.

- Frage 3 Wie ist der konkrete Sachstand des in der Strategie angekündigten „Innovationshubs für Sicherheit und Verteidigung“?
Bitte nach Rechtsform, Standort, Trägerschaft und vorgesehener Personalausstattung differenzieren.

Das Land Hessen steht in engem Kontakt zum Hessischen Industrie- und Handelskammertag und ist bestrebt, insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Einbindung in die Verteidigungsindustrie und „Dual-Use“-Märkte zu unterstützen. Dies soll unter anderem in Form eines hessenweiten Clusters betreffend die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie geschehen. Das Cluster soll als strategische Plattform dienen und damit wirtschaftliche und wissenschaftliche Kompetenzen systematisch bündeln, vernetzen und weiterentwickeln. Dabei sollen die Unternehmen, Forschungseinrichtungen und sonstige relevante Akteure gezielt vernetzt werden, sodass die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der SVI-Landschaft in Hessen nachhaltig gestärkt werden können. Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (HMWVW) beabsichtigt daher, ein solches Cluster zu fördern.

- Frage 4 Welche Landesmittel sind für die Umsetzung der Strategie insgesamt vorgesehen?
Bitte für die Haushaltsjahre 2025 bis 2028 in Euro nach Haushaltstiteln aufschlüsseln.

Die aufgeführten Maßnahmen werden aus bestehenden Finanztiteln der Ressorts finanziert.

- Frage 5 In welcher Höhe wurden seit dem 29. Oktober 2025 Landesmittel für Maßnahmen zugunsten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bewilligt?
Bitte nach Empfänger beziehungsweise Maßnahme, Jahr und Auszahlungsstand aufschlüsseln.

Im HMWVW existieren zwei Vorhaben mit der Absicht zur Förderung.

Bei einem Projekt handelt es sich um ein interdisziplinäres Sicherheitsforschungsvorhaben mit einer Laufzeit vom 1. Dezember 2025 bis 31. Dezember 2028, welches mit Mitteln in Höhe von 2.823.294 Euro überwiegend aus dem EFRE-Fonds gefördert wird.

Darüber hinaus existiert ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit einer Laufzeit vom 1. Dezember 2025 bis 31. Dezember 2027 eines hessischen Deep-Tech-Startups im Bereich Sicherheits- und Verteidigungstechnologie, welches auf Entwicklung und Produktion von Drohnensystemen (insbesondere Abfangdrohnen) zur Abwehr feindlicher Flugkörper spezialisiert ist.

Bei den genannten Projekten wurde die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt, die Bescheide werden derzeit erstellt.

Hinsichtlich der Prüfung von kritischen Rohstoffen in Deutschland erfolgte am 23. April 2026 der Spatenstich zur Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage von Vulcan Energy im Industriepark Höchst zur Gewinnung von Lithium und die Erkundung in Nordhessen im Hinblick auf Kupfer. Der Bau der Zentralen Lithium-Anlage wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie von den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz mit mehr als 46 Millionen Euro gefördert. Hessen übernimmt davon 13,9 Millionen Euro.

- Frage 7 Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die in der Strategie zugesagten schnelleren Genehmigungsverfahren für Vorhaben dieser Unternehmen umzusetzen?
Bitte die betroffenen Verfahrensarten und die zuständigen Behörden benennen.

Das HMLU hat im Bereich der Genehmigungen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) mit dem Regierungspräsidium Kassel eine Priorisierung in Bezug auf die Bearbeitung von Anträgen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vereinbart.

Die Unternehmen profitieren außerdem von den Maßnahmen der Landesregierung, die im Zuge der Entbürokratisierung allen Unternehmen zugutekommen – etwa von den allgemeinen Erleichterungen der Hessischen Bauordnung durch das Dritte Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung (Baupaket I) oder den im Rahmen der Bürokratieabbaugesetze beschlossenen oder geplanten Vereinfachungen.

- Frage 8 Wie viele Unternehmen in Hessen ordnet die Landesregierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu?
Bitte nach Regierungsbezirken sowie gesondert für Nordhessen aufschlüsseln und den Erhebungsstand angeben.

Die Landesregierung rechnet näherungsweise 100 Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft im engeren Sinne zu. Eine genaue Zuordnung der Unternehmen zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist aufgrund der Bandbreite von Produkten und Dienstleistungen, die auch im Dual-Use-Bereich gefertigt oder angeboten werden, nicht möglich.

- Frage 9 Wie hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der hessischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie seit dem Jahr 2021 entwickelt?
Bitte je Jahr ausweisen und die Datenquelle angeben.

Eine trennscharfe Auswertung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der hessischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Entwicklung ist aufgrund der Datenschutzvorschriften in der amtlichen Statistik nicht möglich.

- Frage 10 Was ist der konkrete Sachstand des bei der Halbzeitbilanz am 2. Juni 2026 genannten Rüstungsclusters für Nordhessen?
Bitte nach Zielsetzung, beteiligten Akteuren, vorgesehener Landesförderung und Zeitplan differenzieren.

Nordhessen bündelt und vernetzt die innovativen und produktiven Kompetenzen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. In Verbindung mit dem Innovationshub Mobility & Defense des Industriepakets werden dabei auch Dual-Use-Ansätze unterstützt. Zielsetzung ist es, den hessischen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen und zugleich den Industriestandort Hessen zu stärken. Gespräche mit möglichen Akteuren, auch zu etwaigen Förderbedarfen, laufen derzeit. Zeitpläne werden im Anschluss abgeleitet.

Wiesbaden, 24. August 2026

Benedikt Kuhn

Anlage

Anlage zur Antwort auf die Kleine Anfrage 21/4585

Strategie der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft in Hessen

Extrahierte Maßnahmen und Umsetzungsstand

Stand: Juli 2026

Abschnitt	Auszug aus der Strategie	(Geplante) Maßnahmen der Ressorts	Zuständigkeit
1. Priorisierung der Unternehmen und Internationalisierung der Märkte	Nationale und europäische Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen der Bundeswehr vorrangig berücksichtigen	Die Bundesregierung wurde bereits durch die Landesregierung angeschrieben. Die Adressierung erfolgte zusammen mit anderen Bundesländern und soll weiter erfolgen.	HMWVW
1. Priorisierung der Unternehmen und Internationalisierung der Märkte	Verstärkte Berücksichtigung von hessischen Unternehmen bei länderübergreifenden Produktionsprojekten	Die Bundesregierung wurde bereits durch die Landesregierung angeschrieben. Die Adressierung erfolgte zusammen mit anderen Bundesländern und soll weiter erfolgen.	HMWVW
1. Priorisierung der Unternehmen und Internationalisierung der Märkte	Besserer Zugang zu Aufträgen der NATO und anderer NATO-Partner	Matchmaking im Rahmen von digitalen Plattformen oder Veranstaltungen wird diskutiert, um Angebot und Nachfrage zusammenzuführen. Company Mission für hessische Unternehmen zur Eurosatory Paris, der größten europäischen Messe für Verteidigung und Sicherheit.	HMWVW
1. Priorisierung der Unternehmen und Internationalisierung der Märkte	Lockerung der Exportkontrolle	Die Zuständigkeit liegt bei der dem BMWF nachgeordneten BAFA. Die Landesregierung prüft die Adressierung von Lockerungen bei der Exportkontrolle bei der Bundesregierung.	HMWVW
2. Stärkung der unternehmerischen	Planungssicherheit erhöhen durch	Die Landesregierung hat sich unter anderem im Rahmen eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember	HMWVW

Resilienz durch Planbarkeit	grundsätzliche Bevorratung und Produktion auf Halde, sowie finanzielle Unterstützung dieser	2025 für eine Novelle des Kriegswaffenkontrollgesetzes eingesetzt, um die Produktion auf Halde zu ermöglichen.	
3. Beschleunigung von Prozessen, durch Verwaltungsvereinfachungen, Deregulierung und Entbürokratisierung	Austausch mit dem Bund über Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachungen auf Bundes- und EU-Ebene	Das HMLU führt eine Prüfung durch, in welchen Bereichen mögliche Verwaltungsvereinfachungen an Bund und EU adressiert werden könnten. Eine unterstützende Abfrage bei den Unternehmen der hessischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft – welche Bereiche dabei aus Sicht der Unternehmen besonders in Frage kommen – wurde ebenfalls durchgeführt.	HMLU
3. Beschleunigung von Prozessen, durch Verwaltungsvereinfachungen, Deregulierung und Entbürokratisierung	Beschleunigung bei der Ausfuhr von Produkten	Die Zuständigkeit liegt bei der dem BMW nachgeordneten BAFA. Die Landesregierung prüft derzeit Workshops, um den Unternehmen mögliche Beschleunigungen innerhalb der bestehenden Regelungen zu erläutern.	HMWVW
3. Beschleunigung von Prozessen, durch Verwaltungsvereinfachungen, Deregulierung und Entbürokratisierung	Qualifizierung und Sicherheitsüberprüfung von Arbeitskräften	Die Landesregierung prüft derzeit die Adressierung möglicher Vereinfachungen bei der Bundesregierung.	HMWVW, HMdI
3. Beschleunigung von Prozessen, durch Verwaltungsvereinfachungen, Deregulierung und Entbürokratisierung	Kritische Überprüfung der im Land selbst bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen	Die Überprüfung erfolgt laufend durch die Landesregierung – etwa in Vorbereitung auf das zweite Bürokratieabbaugesetz.	STK
3. Beschleunigung von Prozessen, durch Verwaltungsvereinfachungen, Deregulierung und Entbürokratisierung	Etablierung eines einheitlichen Ansprechpartners	Verteidigungsförderung in Abteilung IV etabliert.	HMWVW

4. Zugang zu Rohstoffen sicherstellen	Prüfung von Lagerstätten kritischer Rohstoffe in Deutschland	Das Land Hessen fördert gemeinsam mit Bund und weiteren Ländern entsprechende Pilotanlagen. Die Aufbereitungsanlage von Vulcan Energy im Industriepark Höchst zur Gewinnung von Lithium ist hierfür ein Beispiel.	HMLU
4. Zugang zu Rohstoffen sicherstellen	Prüfung des Potenzials der Kreislaufwirtschaft	Die Landesregierung prüft derzeit Maßnahmen, um das Potenzial der Kreislaufwirtschaft noch stärker zu erschließen.	HMLU
4. Zugang zu Rohstoffen sicherstellen	Transparenz in den Lieferketten steigern, um frühzeitige Engpässe zu erkennen	Die Landesregierung prüft derzeit Maßnahmen, die die Transparenz in den Lieferketten steigern.	HMLU
4. Zugang zu Rohstoffen sicherstellen	Lagerhaltung wichtiger Rohstoffe deutlich ausweiten	Die Landesregierung prüft derzeit Maßnahmen, die die Lagerhaltung ausweiten könnten.	HMLU
4. Zugang zu Rohstoffen sicherstellen	Lieferketten durch neue Handelsabkommen diversifizieren	Die Zuständigkeit für Handelsabkommen liegt auf Bundesebene und dort insbesondere beim BMWI. Die Landesregierung setzt sich dort für die Ratifizierung neuer Handelsabkommen ein.	HMWVW
5. Forcierung des Wiedereinstiegs in Forschung, Entwicklung und Innovation	Unterstützung der Unternehmen bei der Akquise von Fördermitteln (Land, Bund, EU)	Grundberatung der hessischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft im Rahmen der bestehenden Strukturen des Landes Hessen über mögliche Fördermittel (Beratungsteams WIBank und HTAI). Ergänzt durch individuelle Unterstützung bei geplanten Investitionsvorhaben.	HMWVW
5. Forcierung des Wiedereinstiegs in Forschung, Entwicklung und Innovation	Prüfung der Öffnung des Förderzwecks bei Finanzierungsinstrumenten	In Umsetzung der Strategie Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft in Hessen vom 29.10.2025 wurden seitens der Fachebene des HMdF die aufgelegten oder begleiteten Finanzierungsinstrumente (Fondsfinanzierung, Bürgschaften) auf eine Öffnung des Förderzwecks im Bereich der Verteidigung geprüft. Nach Analysierung der jeweiligen Programme und einer Abstimmung mit WIBank, HMWVW und soweit betroffen den privaten Mitgesellschaftern kann als Ergebnis festgehalten werden, dass Investitionen/Bürgschaftsbegleitungen in kleine und mittlere Unternehmen in der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft	HMdF

		grundsätzlich möglich sind. Ausgeschlossen sind Investitionen/Bürgschaftsbegleitungen bei der Herstellung und dem Handel von kontroversen Waffen (Streumunition, Landminen o.ä.). Eine konkrete Förderung bedarf daher der Prüfung im Einzelfall unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen der jeweiligen Finanzierungsinstrumente.	
5. Forcierung des Wiedereinstiegs in Forschung, Entwicklung und Innovation	Gespräche mit Hochschulen zu Zivilklauseln	Der Dialogprozess ist bereits gestartet. Er wird vom Leibniz-Institut für Konfliktforschung begleitet und moderiert.	HMWK
5. Forcierung des Wiedereinstiegs in Forschung, Entwicklung und Innovation	Einrichtung eines Innovation Hubs für Sicherheit und Verteidigung	Die Einrichtung eines Innovation Hubs für Sicherheit und Verteidigung wird weiter vorangetrieben.	STK